

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Alexander König

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Gerald Pittner

Abg. Gerd Mannes

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Albert Duin

Abg. Dr. Sabine Weigand

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 23** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

für ein Bayerisches Gesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben (Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz - BayTVgG) (Drs. 18/28545)

- Zweite Lesung -

Vorweg gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über den Gesetzentwurf in namentlicher Form abzustimmen. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Diana Stachowitz für die SPD-Fraktion das Wort.

Diana Stachowitz (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist das siebte Mal in den letzten 15 Jahren, dass wir das Tariftreue- und Vergabegesetz eingebracht haben. Wir finden es nach wie vor wichtig, weil wir mit diesem Gesetz ein Sicherheitsnetz für die Menschen schaffen wollen, die beschäftigt sind und nicht in prekäre Beschäftigung abstürzen sollen; denn Tarifverträge sorgen dafür, dass Menschen mehr Geld erhalten.

In der Regel – das zeigen uns die Statistiken – verdient jemand, der tarifbeschäftigt ist, 1.700 Euro mehr im Jahr. Das müssen wir als Ziel haben. Die CSU hat auch immer wieder betont, sie wollte mehr Tarifbindung haben, aber die Wahrheit ist, dass die Zahlen seit 2010 stark und deutlich zurückgegangen sind. 2010 waren noch 62 % der Beschäftigten im Tarifbereich, jetzt sind es unter 50 %. Das wollen wir damit verhindern. Wir sind nicht die Einzigen, die das so sehen; an unserer Seite sind 14 andere Bundesländer, die das auch so sehen. Der Bundestag sieht es so, der Gewerkschaftsbund

sieht es so, und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung hat auch noch einmal deutlich dazu aufgerufen.

Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen dieses Tariftreue- und Vergabegesetz, damit in einer Wirtschaftssituation, in der immer mehr Beschäftigte weniger Lohn bekommen, gute Arbeitsbedingungen gesichert sind. Aufgrund des Wettbewerbs müssen wir auch Fachkräfte wiedergewinnen, weil wir wissen: Diejenigen, die nach Tarif bezahlt werden, sind auch langfristig hier. Alles in allem zeigt uns das sehr deutlich, dass wir das Tariftreue- und Vergabegesetz zwingend brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Zudem müssen wir noch eines sagen: 17 % des Bruttoinlandprodukts in Deutschland werden für öffentliche Aufträge ausgegeben; heruntergerechnet für Bayern bedeutet das jährlich 104 Milliarden Euro Steuergeld, die wir öffentlich vergeben, und zwar nicht zwingend an Tarifpartner, das heißt Beschäftigte oder Unternehmen, die nach Tarif bezahlen. Oft fließt es in die Lohndumpingbereiche, weil es Sub-Subunternehmer sind. Das muss unbedingt verhindert werden. Deswegen haben wir dieses Tariftreue- und Vergabegesetz wieder eingebracht. Auch wenn wir wissen, dass wir bei der CSU auf taube Ohren stoßen, möchte ich sagen: Wir als SPD-Fraktion stehen fest an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stehen ganz deutlich für gute und faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Deswegen bitte ich Sie hier um Zustimmung. – Herr Präsident, am Anfang habe ich vergessen zu sagen: Danke fürs Wort. – Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Stachowitz. – Nächster Redner ist Herr Kollege König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Stachowitz hat zum x-ten Mal zu ein und demselben Gesetzentwurf gesprochen. Sie hat es auch

zum wiederholten Male geschafft, zum Inhalt des Gesetzentwurfs eigentlich überhaupt nichts zu sagen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen und insbesondere die Zuhörer, die das jetzt leider nicht nachvollziehen können, wirklich dafür um Verständnis, dass ich nicht die Absicht habe, zum wiederholten Male für die Antragsteller zu erklären, was eigentlich in dem Gesetz drinsteht. Das habe ich bereits in der Ersten Lesung am 11. Mai hier gemacht, quasi für die SPD-Fraktion. Ich habe am 11. Mai auch erklärt, warum dieses Gesetz überflüssig ist, nur zu zusätzlicher Bürokratie und zu zusätzlichen Verkomplizierungen für alle Beteiligten führen wird und warum es eigentlich nicht notwendig ist.

Ich bitte wirklich um Verständnis dafür, dass ich das nicht zum x-ten Mal hier vortrage, zumal die sogenannte Mitberatung gar keine Mitberatung war. Der Gesetzentwurf war ausschließlich im Wirtschaftsausschuss und wurde dort im Minuten-, um nicht zu sagen im Sekundentakt abgehandelt. Diese Zweite Lesung hier ist also völlig überflüssig, wie wir bereits bei der Ersten Lesung vermutet haben. Daher, Kolleginnen und Kollegen, verweise ich auf meine Ausführungen zu dem Gesetzentwurf im Plenum am 11. Mai 2023 und verweise auf meine Ausführungen zu ein und demselben Gesetzentwurf am 15. Februar des Jahres 2022 – der war ja letztes Jahr schon mal eingebracht – zur Begründung dafür, warum wir den Gesetzentwurf ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das war Ihre letzte Rede, glaube ich, Herr Kollege König. Deshalb gestatten Sie mir eine kleine Würdigung in aller Kürze. Sie waren über die Dauer eines Vierteljahrhunderts Mitglied des Hohen Hauses. Es gab fast keinen Ausschuss, in dem Sie nicht mitgearbeitet hätten: Wirtschaftsausschuss, Europaausschuss, Umwelt, Recht, Petitionen. Sie waren stellvertretender Vorsitzender ihrer Fraktion. Sie haben in der parlamentarischen Selbstverwaltung in den unterschiedlichsten Gremien mitgearbeitet, im Ältestenrat, als Mitglied der Richter-Wahl-Kommission, Datenschutzkommission, Enquete-Kommission und waren Vorsitzender und Mitglied von Untersuchungsausschüssen. Das alles kommt zusammen in

einem Vierteljahrhundert, in 25 Jahren. Sie haben sich in diesen 25 Jahren als scharfzüngiger und pointierter Redner hier im Hohen Haus einen Namen gemacht. Trennschärfe im politischen Schlagabtausch, streitbar zu sein auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite eben auch den demokratischen Grundkonsens zu pflegen, zum Beispiel in den Selbstverwaltungsorganen, war für Sie nie ein Widerspruch, sondern zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ich danke Ihnen im Namen des Hohen Hauses für Ihren Dienst am Freistaat über die Dauer eines Vierteljahrhunderts und wünsche Ihnen persönlich, aber auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen Gesundheit, Glück und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Alexander König (CSU): Das war sehr nett, Herr Präsident!)

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Eva Lettenbauer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer eine gute und faire Bezahlung für alle Menschen, die für den Staat arbeiten, möchte, muss sich für ein Vergabegesetz hier in Bayern einsetzen, muss für faire Bezahlung sein. Aber dann kein Vergabegesetz zu wollen und sich nicht für ein Vergabegesetz einzusetzen, bedeutet am Ende nur, dass man vor allem nicht für Verbesserungen ist und dass es am Ende nicht dazu kommen wird, dass Bayern endlich nachzieht und seine Hausaufgaben macht. Hier in Bayern fehlt seit Jahren ein Vergabegesetz, und es kann nicht sein, dass wir eines der letzten Bundesländer sind, das sich nicht für die Beschäftigten oder für diejenigen Menschen, die für den Staat arbeiten, einsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Vergabegesetz setzt vor allem dort an, wo der Freistaat Bayern Vorbildfunktion hat. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Betriebe, die für den Freistaat arbeiten, nach Tarif zahlen. Die Tarifbindung im ganzen Freistaat ist schon viel zu massiv gesunken. Wir haben hier dringend eine Vorbildwirkung zu erfüllen.

Ein Vergabegesetz wird noch viele weitere Möglichkeiten schaffen. Sie wissen ja: Wir denken Vergabegesetze noch ein bisschen weiter als reine Tariftreue und Mindestlohnfestsetzung. Ein Vergabegesetz kann an vielen Stellen ansetzen, vor allem auch zum Beispiel vorschreiben, dass möglichst kleine Lose gebildet werden, die unsere regionalen kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch alle Unternehmen hier vor Ort stärken und dafür sorgen, dass es mehr Möglichkeiten gibt, Aufträge des Staates auszuführen und dabei die hiesigen Arbeitsplätze zu sichern und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut zu bezahlen.

Außerdem möchte ich betonen, dass in einem Vergabegesetz über Bezahlung, Tarifbindung, auf die ich jetzt eingegangen bin, und mehr Flexibilität in der Loserstellung auch ganz viel getan werden kann, um die Arbeitstätigkeit von Frauen zu stärken und noch mal deutlich an alle Betriebe, die für den Freistaat arbeiten, das Signal auszusenden: Setzen Sie sich dafür ein, dass alle Angestellten, Frauen wie Männer, gleiche Chancen haben. Auch hier kann in einem Tarifgesetz festgehalten werden, dass Betriebe nachweisen müssen, hier engagiert zu sein. Am Ende ist auch das nur zum Vorteil von ganz Bayern; denn die Nutzung des massiven Arbeitskraftpotenzials zum Beispiel von Frauen, das wir noch ausschöpfen und erhöhen können, wenn wir ihnen ermöglichen, so viel zu arbeiten, wie sie möchten, ist eine große Aufgabe für uns. Hier müssen wir dranbleiben und das ausschöpfen.

Zu guter Letzt möchte ich darauf hinweisen, dass es uns in dieser Legislatur immer wichtig war und uns auch weiter wichtig sein wird, ökologische Schwerpunkte in der Vergabe endlich festzuschreiben und zu nutzen. Wenn wir als Freistaat Bayern Aufträge vergeben, dann müssen wir dafür sorgen, dass diese nachhaltig sind und dass hier nach ökologischen und Menschenrechtskriterien vergeben wird. Auch das stärkt wieder unsere vorbildlichen Betriebe, unsere starken Unternehmen, die hier schon ansässig sind, und sichert ihnen, dass sie dann auch die Aufträge bekommen.

Daher appelliere ich an Sie: Geben Sie diese Blockadehaltung endlich auf! Machen Sie als Staatsregierung die Hausaufgaben und sorgen Sie dafür,

(Alexander König (CSU): Die sagt auch nichts zum Inhalt! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was steht jetzt drin? Wo ist der Inhalt? – Sie will nichts sagen zum Inhalt!)

dass wir nicht nur Richtlinien und viele Hinweise haben, wie öffentliche Verträge vergeben werden sollen, sondern auch ein klares Vergabegesetz, angefangen mit Tarifbindung und Mindestlohn.

Darüber hinaus setzen wir uns, wie Sie wissen, für Weiteres ein, stimmen aber dem Gesetzentwurf der SPD zu, da er einen ganz klaren Schritt in die richtige Richtung bedeutet für bessere Bezahlung, für eine soziale Absicherung sowohl während des Arbeitslebens, um Kosten tragen zu können, als auch in der Rente. Ich bitte wirklich eindringlich, diese Hausaufgaben zu machen, jetzt den ersten Schritt mitzugehen und im Bereich Entlohnung, Tarifbindung und Mindestlohn als Freistaat Bayern endlich bei dem nachzuziehen, was viele andere Bundesländer längst als Standard haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Nächster Redner ist der Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über den Gesetzentwurf für die Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben des Freistaats Bayern, auch der Gemeinden und der Gemeindeverbände.

Dabei sieht das Gesetz die Verpflichtung von Unternehmen vor zur Abgabe einer Tariftreueerklärung für Branchen im Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, die Verpflichtung zur Abgabe einer Tariftreueerklärung, wenn öffentlicher Personennahverkehr betroffen ist, und eine Verpflichtung des Unternehmens zur Abgabe

einer Erklärung, mindestens den jeweils gesetzlichen Mindestlohn je Zeitstunde zu bezahlen.

Das sind alles Ziele, die sicherlich lobenswert und wünschenswert sind und die wir teilen. Wir wollen gleiche Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Also brauchen wir auch gleiche und faire Löhne für alle in Bayern beschäftigten Menschen.

Wir müssen aber auch an den Wettbewerb denken. Das Geld muss verdient werden. Und natürlich: Der Gesetzentwurf ist nunmehr zum siebten Mal von der SPD vorgelegt worden. Da könnte man sagen: Und ewig grüßt das Murmeltier. – Wir alle kennen den Film. Gewichtige Gründe sprechen gegen das Gesetz, das zu höheren Kosten führen kann und in den Wettbewerb eingreift. Wir greifen in die gemeindliche Selbstverwaltung ein, indem wir Vorschriften machen, wie und zu welchen Bedingungen hier Vergaben erfolgen sollen. Das Gesetz wird zu einem höheren Verwaltungsaufwand führen, weil die Durchführung des Gesetzes überwacht werden muss.

Meine Kolleginnen und Kollegen, wenn man das Gesetz einmal durchliest, mal vorsichtig betrachtet, dann stellt man fest: Es gibt zumindest auch ein paar unklare Definitionen und Begriffe, die in der Praxis mit Sicherheit zu Problemen führen können. Jetzt komme ich aber auch wieder zu dem Filmbeispiel zurück: "Und täglich grüßt das Murmeltier". Das Storytelling besteht nicht darin, immerzu das Gleiche zu machen, sondern eigentlich darin, bei gleichem Sachverhalt darüber nachzudenken, ob man auch einen anderen Weg gehen kann.

Man muss natürlich schon sagen: In der Zielsetzung hat es durchaus Vorteile. Der öffentliche Arbeitgeber sollte natürlich mit gutem Beispiel vorangehen. Das ist seine Aufgabe. Das sollten wir uns vielleicht schon auf die Fahnen schreiben. Man muss auch ganz klar sagen: Die Kosten bleiben vermutlich auch im Rahmen. Wir verschieben nämlich allenfalls Sozialkosten zu Lohnkosten. Die Kosten fallen sowieso an. Beim Fachkräftemangel mag das jetzt in Zukunft kein so großes Problem sein, aber es hat schon Vorteile.

Warum stimmen wir dem Gesetz trotzdem nicht zu? – Weil es zum falschen Zeitpunkt schlecht gemacht daherkommt. Das muss man einfach mal sagen. Eine flächendeckende Gleichmacherei von München bis in die Rhön mit denselben Vorgaben funktioniert unter Wettbewerbs- und Wirtschaftsbedingungen nicht. Das muss man einfach mal sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man muss auch sagen, dass auch die Ausgestaltung, so wie sie hier im Gesetzesvorschlag vorgesehen ist, ein bisschen arg einfach ist, um es mal ganz vorsichtig zu sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Ich empfehle – ich werde da nicht mehr dabei sein – aber, mal einen Teil der Expertenanhörung, mal wirklich die Verbände anzuhören. Man könnte und sollte vielleicht in dem Bereich auch tatsächlich Verbesserungen herbeiführen. Wie gesagt: Die Zielsetzung halte ich nicht für falsch; aber so, wie es ausgeführt ist, muss ich sagen, erfüllt es nicht das Ziel.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

Wir müssen hier also tatsächlich allein deswegen den Gesetzentwurf ablehnen. Man muss auch sagen: Klar, man hätte es vielleicht vor zehn Jahren schon machen können. Wir hätten mal die wirtschaftliche Lage verbessern können und die Wirtschaft nicht weiter durch bürokratische Regelungen gefährden sollen. Das mag sein. Das Problem ist nur – das hatten wir an anderer Stelle auch –: Bloß weil man ein Gesetz früher hätte machen können und vielleicht auch sollen, heißt das jetzt nicht, dass man es jetzt auf die Schnelle und vor allem schlecht machen soll. Das wäre das Ergebnis, wenn wir diesem Gesetzentwurf hier folgen würden. Insgesamt halte ich, wie gesagt, die Zielsetzung durchaus für richtig.

(Zuruf von der SPD)

So, wie es hier vorliegt, kann man dem nicht zustimmen. Deshalb werden wir den Gesetzentwurf auch ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pittner, sehe ich das richtig, dass das Ihre letzte Rede war?

(Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Nein!)

– Sie sind morgen noch mal dran, okay. Dann übernimmt die Würdigung morgen jemand anderes. Vielen herzlichen Dank für Ihren Wortbeitrag. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Anscheinend will sich die SPD kurz vor der Landtagswahl als Arbeiterpartei inszenieren. Frau Stachowitz, Sie sind aber längst zu einer Anti-Arbeitnehmer-Partei geworden. Sie legen heute schon wieder einen wortgleichen und überflüssigen Gesetzentwurf zur Tarifbindung vor. Das hatten wir alles schon gehört. Es ist einfach peinlich, dass sich die SPD nicht die Mühe gemacht hat, die Forderungen während der Legislaturperiode weiterzuentwickeln. Sie schreiben einfach die Anträge wortgleich ab.

Im Übrigen bringt – das haben wir jetzt schon gehört – die Ausweitung der Bürokratie nichts, nicht den Arbeitnehmern und auch nicht den Unternehmen. Ihnen geht es einfach darum, mit Begriffen wie sozialer Gerechtigkeit und Arbeitnehmerrechten um sich zu werfen. Ich erinnere Sie jetzt noch mal daran: Die SPD hat auf Bundesebene 25 Jahre mitregiert. Lohndumping, Überdehnung von Leiharbeit und Umgehung von Tarifverträgen haben besonders bei Ihnen unter dem Herrn Schröder Konjunktur gehabt.

Ganz abgesehen davon leiden die mittlere und die untere Einkommensschicht unter der irrsinnigen Abgabenerhöhung, die Sie von der SPD verantworten. Als Beispiele nenne ich die Abzocke an der Zapfsäule, beim Heizen mit Öl und Gas, die CO₂-Steuer und ein irrsinniges Anheizen der Inflation. Kaufkraftverlust ist die Folge. Das alles verantworten Sie. Sie schaden den Arbeitnehmern, indem Sie Wohlstand vernichten. Die SPD hat die Arbeitnehmer – das muss man auch noch mal sagen – zur Melkkuh der Nation gemacht.

Also, vielleicht sage ich trotzdem noch ein paar Sätze zu dem Gesetzentwurf. Alles wurde schon mehrfach gesagt. Die Forderungen, die im Gesetzentwurf gestellt werden, sind entweder längst erfüllt, wie beim Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder beim Mindestlohngesetz, oder aber Ihre Forderungen führen zu einem unverhältnismäßigen Maß an zusätzlicher Bürokratie. Das geht auch nicht. Sie fordern die länderübergreifende Überwachung von Tarifverträgen. Das ist doch mit einem enormen bürokratischen Aufwand verbunden. Die Kontrollinstanzen haben Sie auch nicht erwähnt. Sie haben nicht erwähnt, wie das gemacht werden soll.

Was ist im Übrigen eigentlich mit den Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer über Tarif bezahlen? – Davon gibt es nämlich auch eine Menge.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ihr Tariftreuegesetz wird dann schnell zu einem Tarif-Lohndumping-Gesetz. Das haben Sie gar nicht bedacht. Und warum? – Vielleicht wissen Sie es nicht; aber wer über Tarif bezahlt, bekommt dann schneller keine öffentlichen Aufträge mehr. Das haben Sie gar nicht zur Kenntnis genommen.

Insgesamt liest sich der Gesetzentwurf wie ein verstaubtes Papier – das ist es eigentlich auch –, das Sie einfach in den Archiven noch mal gefunden haben. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen können eben nur – das habe ich schon gesagt – mit einem Heer von Verwaltungsangestellten überwacht werden. Sie fordern da Nachweise, Pro-

tokolle, Kontrollgremien, und das alles für die Einhaltung dieses tariflichen Mindestlohns.

Zusammengefasst: Ihr Gesetz ist obsolet. Das lassen Sie am besten in der nächsten Legislaturperiode verschwinden, weil die geforderten Maßnahmen entweder über andere Rechtsnormen umgesetzt wurden oder unnötige Bürokratie verursachen. Ich habe es bereits gesagt: Die SPD hat schon länger den Kontakt zum arbeitenden Volk verloren.

(Alexander König (CSU): Das glaube ich auch!)

Die SPD ist nur noch eine Arbeitsbeschaffungspartei für unsinnige Bürokratenjobs. Das wollte ich mal gesagt haben. Das scheinen Sie auch deswegen zu machen, weil Sie unsere Industriearbeitsplätze momentan nach China exportieren. Wir von der AfD wollen, dass Arbeitnehmer gut und fair entlohnt werden, um da kein Missverständnis aufkommen zu lassen. Das Ganze muss aber eben ohne eine unverhältnismäßige Bürokratie und ohne Überwachungsapparat durchgeführt und umgesetzt werden. Wir kämpfen – das sage ich Ihnen auch noch mal – gegen die Abzocke der arbeitenden Bevölkerung durch diese ständigen Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie von Ihnen betrieben werden. Wir lehnen also Ihren Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion. – Bitte schön, Herr Kollege.

Albert Duin (FDP): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt höre ich dieses Gesetz, glaube ich, zum siebten Mal. Zum siebten Mal höre ich diesen Unsinn. Deswegen wird es nicht besser, ganz einfach. Das ist immer noch ein Lohndumping-Gesetz. Ihr wollt das nicht verstehen. Wenn ich drei Anbieter habe, von denen einer den Tariflohn, der zweite einen Euro mehr und der dritte zwei Euro mehr pro Stunde zahlt, dann kriegt es der billigste. Menschenskinder, ihr verhindert einfach den

Wohlstand der Leute, die arbeiten wollen, und haltet die Löhne unten, damit die Unternehmer überhaupt die Aufträge bekommen.

Aber das Schönste ist jetzt: Die wollen die Aufträge gar nicht haben. Die setzen sich sonntags nicht mehr hin und nehmen an einer Ausschreibung teil. Nichts da, warum sollen sie es tun? – Bei mir, draußen in meinem Wohngebiet, gibt es jede Menge Handwerker, Elektriker, Dachdecker, Spengler. Alles gibt es da draußen. Wenn jemand anruft, fragen die als Erstes: Wo wohnst du? – Wenn da einer sagt, dass er in einem anderen Stadtteil wohnt, dann kommt die nächste Frage: Hast du einen Parkplatz vor der Tür? Nein? – Dann komme ich nicht. Glaubt mir, die fahren gar nicht mehr in die Stadt rein. Die müssten bescheuert sein, das zu tun, wenn die in der Stadt auch damit rechnen müssen, dass sie verbotenerweise irgendwo parken müssen. Das ist Unsinn.

Wir machen immer mehr statt weniger Bürokratie. Letzte Woche gab es 20 neue Paragraphen von den GRÜNEN für das Vergabegesetz. Die sagen: Das ist nicht mehr Bürokratie, das sind nur ein paar Häkchen mehr, die dann am Sonntag gemacht werden. Ich empfehle schon heute Handwerkern, die sich selbstständig machen wollen: Wenn ihr anfangt, haltet am besten gar keine Vorschriften ein, denn wenn ihr versucht, welche einzuhalten, und glaubt, ihr habt 100 % eingehalten, habt ihr immer noch 50 % vergessen, und dann seid ihr genauso beschissen dran wie vorher. Das ist einfach Unsinn. Wir müssen doch die Leute frei laufen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen wir die Leute arbeiten und machen. Die Kommunen kommen immer mehr unter Druck; denn eigentlich heißt es, sie sollen den Wirtschaftlichsten nehmen. Aber was passiert? – Jeder nimmt den Billigsten, weil er sich niemals dem Vorwurf aussetzen will, dass er einen bevorzugt hat. Es wird immer der Billigste genommen, selbst wenn der noch so schlecht ist. Hauptsache, er ist billig.

In Bamberg ist gerade eine Schule fertig geworden. Die muss innen gestrichen werden, sonst kann sie nicht bezogen werden. Es findet sich aber kein Maler. Es findet sich kein Maler, der die Schule innen malert. Selbst auf Anruf nicht.

(Unruhe)

Mann, dann geht ihr doch hin und macht das, wenn ihr es so gut könnt. Ihr habt keine Ahnung von Arbeit. Ihr habt keine Ahnung davon, was richtig harte Arbeit ist.

(Lebhafter Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Geht mal mit zu meinen Handwerkern draußen, die werden euch etwas erzählen. Ihr seid richtige Schreibtischtäter, und das kann ich nicht leiden. Ich komme aus der Praxis.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Mit mir könnt ihr darüber reden. Ihr könnt auch mitgehen in meinen Betrieb. Dort könnt ihr euch einmal anschauen, was richtige Arbeit ist.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Das will ich auch in Zukunft, dass die Leute wirklich wieder Geld verdienen mit ihrer Arbeit und sich nicht im Dumping verlieren, damit sie unten bleiben mit dem Tarif. So kann das nicht gehen. Wir lehnen ab.

(Anhaltender Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Kollege Duin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zuruf: Doch!)

– Halt, eine Frage kommt noch. Entschuldigung, Herr Abgeordneter Duin. Wir haben eine übersehen. Sie werden noch einmal gefragt. – Frau Dr. Sabine Weigand von den GRÜNEN möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

(Alexander König (CSU): Albert vor, noch ein Tor!)

Albert Duin (FDP): Wer wollte noch etwas wissen?

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bitte um Aufmerksamkeit, Frau Abgeordnete Weigand hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön, Frau Weigand.

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Herr Abgeordneter Duin, finden Sie Ihre Wortwahl nicht selbst höchst unangebracht?

Albert Duin (FDP): Nein! Da brauchen Sie gar nicht weiterzureden. Ich bin Handwerker.

(Unruhe)

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Lassen Sie mich bitte ausreden. Wer hat hier das Wort?

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Moment, die Frage war noch nicht ausgesprochen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ruhe!

Dr. Sabine Weigand (GRÜNE): Sie spalten mit dieser Wortwahl. Ich fordere Sie auf zurückzunehmen, dass wir uns anschauen sollen, was richtige Arbeit ist. Ich glaube, wir alle, alle Kollegen hier im Haus, arbeiten richtig, nicht nur Sie. Ich fordere Sie auf,

die Bezeichnung "Schreibtischtäter" zurückzunehmen. Ansonsten würde ich eine Rüge beantragen.

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Lieber Charly Freller, das ist eine Diktion, die wir hier in diesem Haus nicht haben wollen. Das entspricht nicht der Würde dieses Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Albert Duin (FDP): Ich nehme nichts zurück. Wenn Sie wollen, beantragen Sie eine Rüge.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wie bereits angekündigt, findet die Abstimmung in namentlicher Form statt. Bitte verwenden Sie hierfür Ihr elektronisches Abstimmgerät. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 16:13 bis 16:16 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit beendet. Bis zur Bekanntgabe der Ergebnisse müssen wir noch etwas warten. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

(...)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stachowitz. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf der SPD-Fraktion für ein Bayerisches Gesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben – Bayeri-

sches Tariftreue- und Vergabegesetz – auf Drucksache 18/28545 bekannt: Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 104 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.07.2023 zu Tagesordnungspunkt 23: Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; für ein Bayerisches Gesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Auftragsvergaben (Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz - BayTVgG) (Drucksache 18/28545)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina	X		
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias		X	
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge	X			Flisek Christian			
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl		X	
Bauer Volker				Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert			
Becher Johannes	X			Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin			
Busch Michael		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig			
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina	X		
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian			
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra	X		
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian			
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X	X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard			
Sengl Gisela			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	40	104	0